

Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt



N I E D E R S C H R I F T

**29. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Luckenwalde – Wahlperiode 2019 - 2024**

Sitzungstermin: Dienstag, 18.04.2023
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 20:33 Uhr
Sitzungsort: Feuerwache Luckenwalde, Konferenzraum, Hermann-
Henschel-Weg 112, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender- Herr Peter Gruschka

Mitglieder- Frau Dr. Anja Jürgen

Herr Norbert Jurtzik

ab 18:34 Uhr

Herr Jörg Kirstein

Herr Andreas Krüger

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Jochen Neumann

Herr Erik Scheidler

Herr Harald-Albert Swik

Frau Nadine Walbrach

Frau Karin Wegel

Sachkundige Einwohner- Herr Ralf Eyssen

Frau Corinna Herold

Herr Rayk Riese

Herr Ronny Springer

Verwaltung- Herr Ekkehard Buß

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Herr Jürgen Schmeier

Herr Dirk Ullrich

Schriftführerin- Frau Sonja Dirauf

Abwesend:

Sachkundige Einwohner- Herr Tankred Flach

Herr Jan Gabelmann

Herr Uwe Kuhlmeier

Frau Kerstin Reiter

Frau Ina-Christin Wilke

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
- 2.1. Einspruch der Ausschaltung der Straßenbeleuchtung
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.03.2023
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Fortschreibung Verkehrsentwicklungsplan 2030 B-7437/2023
- 5.2. Beitritt der Stadt Luckenwalde zur Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten - Eine kommunale Initiative für den stadtverträglichen Verkehr" B-7438/2023
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern
7. Informationen der Verwaltung
8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

9. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.03.2023
10. Feststellung der Tagesordnung
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern
12. Informationen der Verwaltung

13. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Gruschka eröffnet die 29. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind zehn Ausschussmitglieder anwesend.

TOP 2. Einwohnerfragestunde

TOP 2.1. Einspruch der Ausschaltung der Straßenbeleuchtung

Anwohner des Treuenbrietzener Tors bekräftigen ihr Anschreiben. Die alten Straßenlaternen vor Ort seien zu weit auseinander, um jede zweite auszuschalten. Nach mehrmaligen Hinweisen sei der Gehweg weiterhin in einem schlechten Zustand. Man macht sich Sorgen, bei Unfällen selbst haftbar zu werden. Ansässige Firmen werden im Dunkeln beliefert. Eltern fahren ihre Kinder zur Bushaltestelle in der Waldstraße, weil es so dunkel ist. Eine Umrüstung auf stromsparende LED sei vorzuziehen.

Herr Jurtzik erscheint zur Sitzung.

Frau Herzog-von der Heide betont, dass die Anwohner bei eventuellen Unfällen nicht haftbar gemacht werden könnten. Es gibt keine Pflicht, Straßen zu beleuchten und auch ein einwandfreier Zustand der Gehwege kann nicht vorausgesetzt werden. Nutzer einer Straße müssen sich auf die Gegebenheiten vor Ort einstellen.

Herr Neumann bekräftigt, dass das Reduzieren der Straßenbeleuchtung auf einen mehrheitlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zurückgeht, der zu akzeptieren sei. Eine Alternative wäre gewesen, freiwillige Leistungen der Stadt wie Turnhallen, Therme oder Theater einzusparen.

Eine Bürgerin kritisiert, dass der Beschluss nicht konsequent umgesetzt werde. In der Waldstraße seien alle Laternen in Betrieb.

Herr Ullrich erklärt, dass entsprechend des Beschlusses alle Laternen gedimmt wurden, bei denen dies technisch möglich ist und in Gefahrenbereichen wie Einmündungen und Kreuzungen Straßenlaternen an bleiben. Von 3000 Laternen im Stadtgebiet wurden etwa

950 ausgeschaltet. Eine Umrüstung auf LED ist teuer, wird aber schon seit Jahren Stück für Stück umgesetzt. Aus Gleichbehandlungsgründen leuchtet aber auch in den umgerüsteten Straßen nur jede zweite Laterne.

Herr Nerlich bittet die Verwaltung, den Zustand des Gehweges zu prüfen.

Herr Jurtzik stellt den **Antrag zur Geschäftsordnung** auf Beendigung der Debatte.

Ein Bürger berichtet, dass die Straße seit der Sanierung als Rennstrecke genutzt wird. Er fragt, ob Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung eingebaut werden können.

Herr Ullrich antwortet, dass das bereits geplant ist. Die Gleisanlage wird zurückgebaut und die Einmündung zur Waldstraße rechtwinklig und acht Zentimeter aufgepflastert neugestaltet. Man sieht die Einmündung dann besser und hat rechts-vor-links zu beachten. Der Umbau erfolgt noch im ersten Halbjahr.

TOP 3. **Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.03.2023**

keine

TOP 4. **Feststellung der Tagesordnung**
bestätigt

TOP 5. **Beschlussvorlagen**

TOP 5.1. **Fortschreibung Verkehrsentwicklungsplan 2030** **B-7437/2023**

Herr Schmeier informiert, dass im Erläuterungsteil auf Seite 2 auf die drei Änderungen im Vergleich zur Informationsvorlage hingewiesen wird.

Frau Dr. Jürgen ist grundsätzlich für den Verkehrsentwicklungsplan, wünscht sich jedoch konkretere Angaben zur Umsetzung der Maßnahmen wie Kosten, Finanzierung sowie Zeitpläne und wäre deswegen für eine weitere Beratungsrunde.

Frau Herzog-von der Heide hält aktuelle Kostenschätzungen für eine immense und nutzlose Arbeit. Der Plan soll im Gegensatz zum Straßenausbauprogramm mindestens zehn

Jahre Gültigkeit haben und Maßnahmen und Ziele der langfristigen Verkehrsentwicklung umfassen. Die Umsetzung ist abhängig von der Haushaltslage.

Herr Jurtzik kritisiert „Abweichungen von der konzeptionellen Sprache“ und fragt nach dem Zweck des Ausbaus der Verlängerung der Puschkinstraße im Abschnitt von der Beelitzer Straße, Berliner Straße bis zur Ruhlsdorfer Chaussee. Er verweist auf die B101n und kann den Bedarf nicht erkennen. Er schlägt den Zusatz „bei unabweisbarem Bedarf“ vor.

Herr Ullrich ergänzt, dass manche Maßnahmen bereits in der Planung sind. Er erklärt, dass ein Hauptstraßennetz benannt werden muss, um die Straßen in den Wohngebieten beruhigen zu können. Der Schwerlastverkehr muss abgewickelt werden und laut INSEK befindet sich dort ein Industrieknotenpunkt. Eine Förderung durch das Land ist nur möglich, wenn das Vorhaben als Hauptverkehrsstraße im Verkehrsentwicklungsplan benannt wird. Die Art des Umbaus kann dann noch geändert werden. Hauptverkehrsstraßen müssten jedoch in Hauptverkehrsstraßen münden und mindestens eine Breite von 5,50m haben. Der Umbau der Brücke ist nicht Bedingung. Bei einem Ausbau als Sackgasse wäre keine Förderung möglich. In einem kurzen Abschnitt sind verkehrsberuhigende Elemente denkbar. Die Maßnahme soll aufgenommen werden, um die Förderung nicht zu verbauen.

Herr Eyssen spricht sich gegen den Ausbau aus, für den kein Bedarf bestehe und den die Anwohner nicht wollen. Wegen des Schwerlastverkehrs wäre dort dann kein Radverkehr mehr möglich.

Herr Gruschka betont, dass die Entscheidung über den Ausbau noch nicht getroffen wurde.

Frau Herzog-von der Heide bittet darum, langfristig zu denken und mit dem Verkehrsentwicklungsplan die Option offen zu halten. Für den Ausbaubeschluss werden dann Varianten, Zahlen und Kosten vorgelegt.

Frau Herold weist darauf hin, dass ein Stück der roten Linie fehlt, wenn die zukünftige Hauptverkehrsstraße an die Kreisstraße anschließen soll.

Herr Ullrich bestätigt dies. Die Linie wird ergänzt.

Auf Nachfrage von **Herrn Neumann** bestätigt **Herr Ullrich**, dass die Maßnahme förderfähig wäre, wenn es eine Verbindung zur Kreisstraße gibt, auch wenn die Strecke nur bis zum Schlachthof LKW-tauglich ausgebaut würde.

Herr Krüger bedankt sich für die Arbeit und wünscht sich Prioritäten.

Herr Schmeier erinnert daran, dass der alte Verkehrsentwicklungsplan auch Maßnahmen enthält, die nie umgesetzt wurden, weil sie nicht mehr zeitgemäß sind. Der Standort am Schlachthof erzeugt Verkehr. Wenn man die Maßnahme drin lässt und die Straße dann doch eine untergeordnete Bedeutung behält, hätte man nichts falsch gemacht. Aber generell braucht man im Havariefall eine Alternative für die Trebbiner Straße. Der Maßnahmenplan gibt mit seiner Reihenfolge die Prioritäten wieder.

Herr Neumann sieht es als wichtiges Ziel, den Schwerlastverkehr aus der Stadt heraus zu holen und sieht deshalb das Festschreiben dieser zweiten Route kritisch. Außer in Richtung Baruth müsste überhaupt kein LKW-Verkehr durch die Stadt fahren und man solle darüber nachdenken, die Trebbiner Straße für LKW zu sperren. Deutlich logischer als eine zusätzliche Hauptverkehrsstraße durch ein Wohngebiet zu führen, sei die Verbindung von der Buchtstraße über die Triftstraße, zurück auf die Beelitzer Straße.

Frau Dr. Jürgen unterstützt dies.

Herr Krüger spricht sich dagegen aus.

Frau Walbrach gibt zu bedenken, dass der LKW-Verkehr die Stadt beliefert.

Herr Kirstein betont, dass die Buchtstraße zu schmal ist, um im Havariefall die Trebbiner Straße zu ersetzen. Der Ausbau der verlängerten Puschkinstraße sei alternativlos.

Frau Walbrach hofft, dass das alte Haus an der Ampelkreuzung für den Bau des Kreisverkehrs nicht abgerissen werden muss.

Herr Ullrich erklärt, dass es Bestandteil des Plans ist, die Ampelkreuzung zu ertüchtigen, die denkbaren Varianten aber nicht aufgenommen werden.

Frau Walbrach bittet darum, die Kapstraße nach Frankenfelde und die Spange vom Zapfholzweg zu Marktkauf aufzunehmen. Des Weiteren möchte sie mehr sichere Fahrradabstellmöglichkeiten und einen Plan zu E-Ladesäulen.

Herr Ullrich erklärt, dass die Verbindung zu Marktkauf eine private Straße ist. Edeka möchte diese jedoch selber ausbauen. Der Plan liegt vor und wird von der Stadt unterstützt, da so der Anlieferungsverkehr nicht durch Frankenfelde muss. Im Verkehrsentwicklungsplan aufgenommen wird die Maßnahme nicht, weil die Stadt sie nicht umsetzen will.

Auf der Kapstraße nach Frankenfelde gibt es 40-60 Fahrten pro Tag. Laut eines alten Beschlusses wird die Verbindung befahrbar gehalten, ist aber nicht als öffentliche Straße gewidmet.

Er betont, dass der Verkehrsentwicklungsplan nicht abschließend gilt.

Ergänzend zu den Fahrradboxen am Bahnhof, die dauerhaft vermietet werden, soll es zwei weitere am Kleinen Haag und der Käthe-Kollwitz-Straße geben, die spontan genutzt werden können. Auch stabile Bügel sollen weiterhin ergänzt werden.

Langfristige Ziele zur E-Mobilität festzuschreiben ist schwierig. Generell unterstützt die Stadt Projekte für Ladesäulen, solange der Aufwand von den Städtischen Betriebswerken gestemmt werden kann.

Frau Herold sind zwei Widersprüche aufgefallen. Die Rudolf-Breitscheid-Straße und die Käthe-Kollwitz-Straße seien sowohl verkehrsberuhigt als auch als Hauptverkehrsstraße in den Plänen verzeichnet. Außerdem werden die Fahrradstraßen in der Legende des Radverkehrsplans als autofrei bezeichnet, im Text wird jedoch von Anliegerverkehr gesprochen.

Herr Schmeier gibt zu, dass für die Rudolf-Breitscheid-Straße noch eine Regelung gefunden werden muss, ob der Bereich mit den Geschäften verkehrsberuhigt werden soll, wie in der Käthe-Kollwitz-Straße oder ob die gesamte Straße als Hauptverkehrsstraße zählt. Die Käthe-Kollwitz-Straße ist in beiden Plänen als verkehrsberuhigter Geschäftsbereich verzeichnet.

Frau Dr. Jürgen erinnert an die schriftlich eingereichten Fragen der Fraktion.

Frau Herzog-von der Heide macht den Vorschlag, dass die Fraktion LÖS Fragen und Stellungnahmen mit Herrn Ullrich in einer Fraktionssitzung bespricht.

Frau Dr. Jürgen hält das für eine gute Idee. Sie fragt, ob die Große Weinbergstraße Hauptverkehrsstraße sein muss. Zwei parallel verlaufende wären nicht nötig, wenn man die Einbahnstraßenregelung aufgeben würde.

Herr Schmeier erklärt, dass das Aufheben der Einbahnstraße im Bereich Haag, Rudolf-Breitscheid-Straße kaum möglich ist. Der Bereich ist zu eng und gerade dort, wo viele Schüler die Fahrbahn kreuzen, hätte man noch mehr Verkehr.

Frau Herzog-von der Heide kann keinen Konsens erkennen und schlägt vor, gegebenenfalls Änderungsanträge zu stellen. Die Beschlussvorlage wird von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung genommen und erst im Juni wieder eingebracht. Man will jedoch nicht wesentlich von der jetzigen Vorlage abweichen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes 2030 mit ihren vier Bestandteilen gemäß der Informationsvorlage I-7047/2023 vom 28.03.2023

zurückverwiesen

TOP 5.2. **Beitritt der Stadt Luckenwalde zur Städteinitiative** **B-7438/2023**
"Lebenswerte Städte durch angemessene
Geschwindigkeiten - Eine kommunale Initiative für
den stadtverträglichen Verkehr"

Herr Buß und **Herr Ullrich** erläutern die Beschlussvorlage (siehe Anlage).

Herr Neumann befürwortet die Vorlage. Mit einer Umsetzung sei echte Planungshoheit für Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung gegeben.

Herr Jurtzik sieht das Vorhaben kritisch und betont, dass es klare Kriterien für Entscheidungen brauche und man sich dennoch an rechtliche Vorgaben zu halten habe.

Frau Herzog-von der Heide betont, dass es nicht um die Verlagerung von Zuständigkeiten geht, sondern um die Erweiterung des Entscheidungsrahmens.

Frau Walbrach spricht sich für den Beitritt aus.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadt Luckenwalde schließt sich der Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit – Eine kommunale Initiative für den stadtverträglichen Verkehr“ an. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, gegenüber der Geschäftsstelle der Initiative den Beitritt der Stadt Luckenwalde zu erklären.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Zustimmung empfohlen

TOP 6. **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

TOP 6.1. Stadtbad

Frau Walbrach informiert, dass die CDU-Fraktion einen Antrag zum Stadtbad gestellt hat, der im nächsten Ausschuss behandelt wird.

TOP 6.2. Verkauftes Grundstück

Herr Eyssen fragt nach einem verkauften Grundstück am Ortseingang Richtung Berkenbrück. Eine Betonmauer verschandele den ersten Eindruck von der Stadt.

Herr Buß antwortet, dass die Nuwab das Grundstück verkauft hat, das entsprechend § 34 Baugesetzbuch bebaubar ist. Die Einfriedung ist Geschmackssache, es gibt dort keinen Bebauungsplan.

TOP 7. Informationen der Verwaltung

Frau Herzog-von der Heide informiert, dass es aufgrund der Anregung von Herrn Ritter im letzten Ausschuss am 10. Juni von 10 bis 13 Uhr eine Besichtigung von drei Waldflächen geben wird, zu der Stadtverordnete und sachkundige Einwohner eine Einladung erhalten werden. Sie bittet um Anmeldung.

TOP 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Um 20:32 Uhr wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Peter Gruschka
Vorsitzende/r

Sonja Dirauf
Schriftführer/in

13.10 24 31 00